

U S - W A H L E N 2 0 0 8

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

US-Außenpolitik zwischen Change und Beständigkeit

www.kas.de

www.kasusa.org

WAS IST VON BARACK OBAMA ODER JOHN MCCAIN ZU ERWARTEN?

Die amerikanische Bevölkerung will zwar nach acht Jahren Bush einen Wechsel in der Außenpolitik, das bedeutet aber nicht, daß man eine demütigende Niederlage im Irak hinnehmen möchte. Angesichts der weit verbreiteten Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik von Präsident Bush, parieren die Demokraten selbstbewußt McCains Attacken gegen ihre angebliche, traditionelle „Schwäche“ in der Sicherheitspolitik. Unter Obama verteidigen sie auch ihre sicherheitspolitischen Standpunkte offensiv, statt nur auf ihre Stärke bei den innenpolitischen Themen zu verweisen. Auch wenn der Irakkrieg momentan nur noch an zweiter Stelle auf der Prioritätenliste der Wähler liegt, sind sowohl McCain als auch Obama daran interessiert, die Außenpolitik zum wichtigsten Thema im Wahlkampf zu machen. McCain – weil seine Kompetenz auf anderen Gebieten als geringer erachtet wird, Obama – weil er McCain auf diesem Gebiet mit alternativen Standpunkten die Stirn bieten möchte (ohne ihn wie Clinton rechts überholen zu wollen).

Beide Kandidaten sind zwar bereit, dem „unilateralism“, der die (erste) Amtszeit George W. Bushs gekennzeichnet hat, abzuschwören. Da die USA sich jedoch weiterhin als die einzige Supermacht sehen, werden beide Kandidaten auch in einer zunehmend vom Multilateralismus geprägten Welt durchaus keine Gewissenskonflikte haben, wenn es darum geht, nationale Belange über mögliche Bedenken internationaler Institutionen zu stellen. Dafür versprechen beide Kandidaten, primär den Westen kooperativ in ihre Pläne einbeziehen zu wollen, wobei die USA weiterhin die Führungsposition innehaben sollen. Daraus leitet sich im konkreten Fall insbesondere die Forderung nach einem verstärkten Engagement der übrigen NATO-Partner in Afghanistan ab. Europa sollte sich darauf gefaßt machen, daß weitere Bündniseinforderungen folgen, was die Flitterwochen mit dem neuen Präsidenten der USA deutlich verkürzen dürfte. Um einer bitteren Enttäuschung (gerade im Falle der Präsidentschaft Obamas) und einem Wiederaufleben des Antiamerikanismus vorzubeugen, sollten europäische Politiker die Erwartungen ihrer Bevölkerung bewußt niedrig halten.

Ausgangslage

„Change“ ist das Motto des Präsidentschaftswahlkampfs 2008. Vor dem Hintergrund historischer Umfrage-Tiefstwerte bei der Einschätzung der Zukunftsaussichten des Landes, sehnen sich nicht nur unabhängige und Demokratische Wähler nach einem Ende der Amtszeit Präsident Bushs. In einem innenpolitischen Klima, das zudem von anhaltender Sorge um die Verfassung der Wirtschaft, die Höhe der Benzinpreise und steigende Krankenversicherungskosten geprägt ist, werden der Republikanischen Partei bei den Wahlen im November keine guten Chancen prognostiziert. Dennoch liegt der Republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain nach aktuellen Umfragewerten immer noch fast gleichauf mit Barack Obama. Dieser Erfolg ist zumindest teilweise auf die erfolgreichen Attacken McCains bzgl. Obamas „Unerfahrenheit“ auf dem Felde der Außenpolitik zurückzuführen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

Anders als seine Demokratischen Vorgänger scheut Obama allerdings nicht davor zurück, seine außenpolitischen Positionen gegenüber McCain zu vertreten. Im letzten Sommer lobten die konservativen Kommentatoren Clinton dafür, daß sie Obama kritisiert hatte, ohne Vorbedingungen mit Diktatoren verhandeln zu wollen. Dies zeigte, daß unter den aussichtsreichen Kandidaten der Demokraten nur Obama einen Bruch mit der Außenpolitik George W. Bushs offerierte. Zwischenzeitlich mußte aber auch Obama seine Position relativieren, ohne aber grundsätzlich von ihr abzurücken.¹

McCain: Zwischen Neocons und Realists

Um den Ruf der USA sowie ihre moralische Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, will John McCain die Vereinigten Staaten eine Führungsposition in einer „*League of Democracies*“ einnehmen lassen. Der Bund von über einhundert demokratischen Staaten soll die Werte, Regeln und gemeinsamen Interessen der internationalen, zivilisierten Staatengemeinschaft verteidigen, welche die USA als Teil dieses Bundes ebenso zu respektieren hätte.²

Den Kern dieser Staatengemeinschaft soll das Transatlantische Bündnis bilden, wobei die Mitglieder der NATO und EU explizit dazu ermutigt werden, sowohl die notwendigen finanziellen Mittel als auch Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.³ Damit will John McCain eine Tradition der amerikanischen Außenpolitik wiederbeleben, die bereits von Theodore Roosevelt, John F. Kennedy und Ronald Reagan geprägt wurde: ein starkes Amerika welches als führender Akteur innerhalb der demokratischen Staatengemeinschaft eine Schlüsselrolle bei der Bewahrung des Weltfriedens einnimmt.⁴

Geistiger Vater dieses Bundes ist McCains Berater **Robert Kagan**, der am Carnegie Endowment for International Peace arbeitet und unter anderem von 1984-1988 Teil des Planungsstabs des Außenministeriums war. Bekanntgeworden ist Kagan (mit William Kristol) als amerikanischer Neokonservativer, der sich für ein starkes Amerika aussprach, das als „benevolent hegemon“ nicht davor zurückschrecken dürfe, im Namen der Förderung ihrer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ideale auch den Regimewechsel aktiv herbeizuführen.⁵

Schon im Jahr 2002 warnte Kagan davor, daß sich Europa und die USA langsam entzweien würden. Europa wäre aufgrund sinkender Militärausgaben daran interessiert, eine Welt aufzubauen, in der internationale Normen und Institutionen dominierten, unilaterale Handlungen verboten wären und alle Staaten unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke die gleichen Rechte hätten. Laut Kagan würde dies zu einer größeren europäischen „Toleranz“ von Gefahren führen, da Europa nicht mehr in der Lage wäre, diesen Gefahren zu begegnen. Mittlerweile betrachtet Kagan den globalen Wettstreit zwischen den Demokratien und den autokratischen Regimen als charakteristisch für dieses Jahrhundert. In einem „Wettstreit der Wertesysteme“ würde sich die „*League of Democracies*“ unter Führung der USA den autokratischen Mächten um Rußland und China sowie dem islamischen, reaktionären Radikalismus stellen.⁶

Neben Robert Kagan ist vor allem McCains Berater und Vertrauter **Randy Scheunemann** für die Koordination der außenpolitischen Positionen und Initiativen des Senators verant-

¹ Seib, *Wall Street Journal*, 2/26/2008.

² McCain World Affairs Council Rede, McCain Webseite, 3/26/2008 und Reston, Richter, *Los Angeles Times*, 3/27/2008.

³ McCain, *Financial Times*, 3/19/2008.

⁴ Brooks, *New York Times*, 3/28/2008.

⁵ Kagan und Kristol, *Foreign Affairs*, July/August 1996.

⁶ McMahon, Council on Foreign Relations Webseite, 6/9/2008 und Kagan, *New Republic*, 4/23/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER
ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

wortlich. Scheunemann kann dabei auf langjährige Erfahrung als Mitarbeiter von Kongreßabgeordneten zurückgreifen. Er hat sich allerdings nicht nur mit Themen wie NATO-Erweiterung, UN-Reform und Raketenabwehr einen Namen gemacht. Im Jahr 2002 gründete er das *Committee for the Liberation of Iraq*, eine NGO deren erklärtes Ziel es war, Unterstützung für die Absetzung Saddam Husseins und der Einführung einer Demokratie im Irak zu sammeln.

Trotz einiger Top-Berater aus dem neokonservativen Flügel der Partei, kann man McCain nicht unbedingt zu dieser Gruppe zählen. Zum einen zählt eine Reihe von *realists* wie den ehemaligen Deputy Secretary of State **John Armitage**, National Security Advisor **Brent Scowcroft** und Secretary of State **Henry Kissinger** zu seinen Vertrauten. Zum anderen bezog McCain in den vergangenen 25 Jahren auch eine Bandbreite von außenpolitischen Positionen, die ihn mit jeweils einem Bein in die konträren Lager stellten. Er war z.B. war er 1983 gegen die Stationierung von Marines im Libanon und 1990 anfänglich auch gegen einen Bodenkrieg im Irak. Drei Jahre darauf sprach er sich gegen eine Ausweitung des Somalia-Einsatzes von humanitären Hilfsmaßnahmen zu „nation building“ aus und kritisierte auch Bill Clintons Haiti-Einsatz. Nachdem McCain sich aber ursprünglich weigerte 1992-1994 auf dem Balkan militärisch aktiv zu werden, unterstützte er angesichts der Erfahrungen von Srebrenica später den Einsatz amerikanischer Truppen in Bosnien und tadelte Clinton 1999 sogar streng, die Option von amerikanischen Bodentruppen im Kosovo vorschnell öffentlich ausgeschlossen zu haben.⁷

McCain beharrte also anfänglich auf Interventionen im (engen) amerikanischen Interesse, welche von der US-Bevölkerung befürwortet werden müßten und dann auch mit den entsprechenden (militärischen) Mitteln verfolgt werden sollte. Jedoch wandelte sich McCain offenbar in den letzten zehn Jahren von einem Anhänger dieser Powell-Doktrin zu einem Neocon, der vermehrt von der Verteidigung amerikanischer Werte sprach. Während seines ersten Präsidentschaftswahlkampfes 2000 war McCain gar der „Liebling“ der Neokonservativen. Im Gegensatz zu George W. Bush sprach er von „rogue state rollback“, was die Unterstützung von ausländischen Gruppen zum Zweck des Regimewandels beinhaltete. Würde das Regime dann hart gegen diese „freedom fighters“ vorgehen, würde die USA ihnen militärisch zu Hilfe kommen.⁸

Gemeinsam mit seinen Beratern und anderen Neokonservativen war er einer der stärksten Befürworter des Irakkrieges und davon überzeugt, daß damit der Verbreitung der Demokratie in der Region geholfen werden konnte. Es kann daher erwartet werden, daß der „realistic idealist“ (wie McCain sich selbst bezeichnet) den Vormarsch der Demokratie und Achtung der Menschenrechte wo auch immer möglich ebnen und verteidigen wird, solange solche Interventionen zu „vertretbaren“ Kosten realisiert werden können. Die Einschätzung der „Vertretbarkeit“ dieser Kosten wird sich allerdings nach amerikanischen Interessen richten.

Obama: Umgeben von Liberal Interventionists?

Senator Barack Obama ist nicht minder daran interessiert, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der USA zu reparieren. Die Förderung der Demokratie ist auch in seinen Positionen fest verankert, wenn auch in anderer Weise als bei McCain. Ausgehend von der Einschätzung, daß die Sicherheit anderer Staaten unmittelbar mit der Sicherheit der USA verbunden sei, befürwortet Obama die nachhaltige Verbreitung der Demokratie. Er setzt darauf, in erster Linie durch aggressive Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern langfristig das dortige Wirtschaftswachstum zu fördern. Dieses Wachstum will er mit Investitionen in die Bildung

⁷ Richter, *Los Angeles Times*, 3/16/2008 und Hirsh, *Newsweek*, 4/7/2008 und Bai, *New York Times Magazine*, 5/18/2008.

⁸ Welch, *Los Angeles Times*, 2/1/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

und durch Schuldenerlaß ermöglichen. Dabei betont er auch die Bedeutung der Unterstützung von effektiven demokratischen Institutionen und verspricht, die Kapazitäten „schwacher“ Staaten zu stärken, gemeinsame transnationale Herausforderungen wie Epidemien, Terrorismus und den Klimawandel zu meistern.⁹

Beraten wird Obama dabei von mehr als 200 Experten die in 20 Themengruppen unterteilt sind. Darunter befindet sich eine Reihe von *liberal interventionists*, die bereits unter Bill Clinton eine Reihe von hochrangigen Positionen inne hatten. Darunter vor allem **Anthony Lake**, der Clintons National Security Advisor war und sich nicht nur offen dafür aussprach, in Haiti und Bosnien einzugreifen, sondern auch dafür, in Somalia zu bleiben, als viele Beobachter bereits zum Rückzug rieten. Gemeinsam mit **Susan Rice**, einer ehemaligen Assistant Secretary of State for African Affairs, forderte Lake bereits im Jahr 2006 eine UN-Resolution, welche Sudan ein Ultimatum gestellt hätte: Entweder es akzeptierte eine bedingungslose Stationierung von Blauhelmen oder würde mit militärischen Konsequenzen rechnen müssen. Die beiden Berater Obamas sprachen sich auch dafür aus, daß die USA auch ohne UN-Mandat humanitäre Missionen ausführen sollte und erinnerten an Kosovo.¹⁰

Neben Lake und Rice war lange Zeit auch **Samantha Power** richtungsweisend unter den außenpolitischen Beratern Obamas. Sie mußte (augenscheinlich) aufgrund eines abfälligen Kommentars über Hillary Clinton zurücktreten.¹¹ Die Pulitzer-Preisträgerin und renommierte Politikprofessorin die an der Harvard University einen Lehrstuhl für Menschenrechte und Außenpolitik inne hat, war mit ihrer Analyse des Versagens bzw. Desinteresses an der Verhinderung von Völkermorden bekannt geworden. Dabei spiegelt sich ihre „allumfassende“ Herangehensweise an die Sicherheitspolitik in den außenpolitischen Ansichten Obamas deutlich wieder. Gerade die Bedeutung der Bildung und Gesundheitsvorsorge zur Förderung des Wirtschaftswachstums als integrierter Teil der Sicherheitspolitik entsprang zum Teil ihren Memos. Auch die bereits erwähnte **Susan Rice** betrachtet Armut aus der Perspektive der nationalen Sicherheit, erhöhe Armut doch die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und erlaube auch keinen wirksamen Schutz vor Epidemien. Die amerikanische Regierung solle daher die Entwicklungshilfe von derzeit 0,2 Prozent auf bis zu 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöhen, um die Millennium Development Ziele bis 2015 zu erreichen.¹²

In diesem Vorhaben werden sie von dem Generalmajor a.D. **Scott Gration** unterstützt, der war während seiner 32-jährigen Karriere bei der Air Force unter anderem Director for Strategie, Policy und Assessment bei der US European Command war. Gration ist mittlerweile der CEO von Millennium Villages und hat sich ebenfalls der Armutsreduzierung in Afrika verschrieben.¹³ Abgerundet wird Obamas außenpolitisches Team durch **Sarah Sewell**, die Deputy Assistant Secretary of Defense for Peacekeeping and Humanitarian Assistance unter Clinton war. Ebenso wie Power lehrt sie an der renommierten Harvard University, wo sie Direktorin des Carr Center for Human Rights Policy ist. Sie wurde in dieser Position von Irakkriegsgegnern und Menschenrechtsverteidigern dafür kritisiert, mit General Petraeus an dem Army und Marine Corps Counterinsurgency Handbuch zusammengearbeitet zu haben. Sewell befürwortet die Integration von Antiterror- und humanitären Maßnahmen sowie Wiederaufbauvorhaben, wobei letztere kritisch für den Erfolg ersterer sind.¹⁴

⁹ Obama, *Foreign Affairs*, July/August 2007.

¹⁰ Rice, Lake and Payne, *Washington Post*, 10/2/2006 und Klonsky, Council on Foreign Relations Webseite, 6/11/2008.

¹¹ Bacon, *Washington Post*, 3/10/2008.

¹² Rice, *National Interest*, Spring 2006 und Rice, "U.S. Foreign Assistance to Africa," Brookings Webseite, 6/27/2005.

¹³ Bacon, *Washington Post*, 2/26/2008.

¹⁴ Sewell, *Foreign Services Journal*, September 2007.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

Auch wenn die Auswahl der wichtigsten Berater Obamas nicht unweigerlich einen Ausblick auf dessen zukünftige Außenpolitik gibt, kann man dennoch davon ausgehen, daß auch für Obama die Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte Priorität hat. Dabei engagiert sich Obama aber nicht für Menschenrechte um ihrer selbst willen, sondern sieht in der Verknüpfung von Demokratie und Wirtschaftswachstum die langfristige Lösung unterschiedlicher sicherheitspolitischer Probleme. Hierzu ist Obama Willens, die Entwicklungs- und Sicherheitspolitik besser aufeinander abzustimmen. Dies bedeutet aber nicht, daß Obama dabei die Interessen der USA „vergessen“ wird. Wie das Beispiel Irak belegt, richtet er seine Politik auch nach der Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit aus, die momentan wenig an der Fortsetzung der Verteidigung der jungen irakischen Demokratie interessiert ist.

Iraq: Experience vs. Judgment

Obama wurde während des Vorwahlkampfes von seinen Demokratischen Kontrahenten, insbesondere von Hillary Clinton, und nun auch von McCain wegen seiner „Unerfahrenheit“ auf dem Felde der Sicherheitspolitik attackiert. Doch konnte er diesen „Mangel“ bisher erfolgreich überspielen. Wie kein anderer hat er aus seiner damaligen Position zum Irakkrieg (allerdings nur in der Stellung eines Senators des Landtags von Illinois) einen Vorteil ziehen können: erinnert er doch alle seine Gegner daran, daß diese trotz ihrer langjährigen „Erfahrung“ im entscheidenden Moment – bei der wichtigsten Entscheidung der letzten Jahre – kläglich versagt hatten.¹⁵

Dennoch haben sich die Positionen der beiden Kandidaten bezüglich des Rückzugs aus dem Irak in den letzten Monaten deutlich angenähert. Nachdem Obama anfangs hauptsächlich damit geworben hat, innerhalb der ersten 16 Monate seiner Amtszeit ein bis zwei Brigaden monatlich aus dem Irak abzuziehen, hat er sich vorbehalten, eine beträchtliche Anzahl an „non-combat“ Truppen im Irak zu belassen.¹⁶ Diese sollen die sich im Irak befindlichen zivilen US-Angestellten beschützen, ihre irakischen Kollegen bei der Ausbildung unterstützen und vor allem als Anti-Terror-Kräfte gegen al Kaida im Irak zum Einsatz kommen.¹⁷ Zwar hat Obama keine konkrete Anzahl der verbleibenden dieser Truppen genannt, sie könnte sich aber theoretisch auf mehrere zehntausend Soldaten belaufen.

Ironischerweise wurde er daraufhin von Hillary Clinton heftig dafür attackiert, daß Obamas ehemalige außenpolitische Beraterin **Samantha Power** gesagt hatte, daß die 16 Monate ein „best case scenario“ darstellten. Der Rückzug würde daher nicht unbedingt nach diesem Plan erfolgen können – was Clinton als ein unaufrichtiges Rückzugsversprechen wertete.¹⁸ Vor europäischem Publikum hatte Power offen gesagt, daß es sich bei Obamas Versprechen „nur um Worte“ gehandelt hätte, Obama könne sich schließlich nicht im März 2008 konkret für den Januar 2009 festlegen.¹⁹

Wie Barack Obama ist auch John McCain im Begriff, seine Vorwahl-Positionen zum Irakkrieg abzuschwächen. Nachdem die Parteibasis mit dem resoluten Versprechen, nicht weniger als den Sieg im Irak zu erringen („surrender is not an option“), überzeugt wurde, erklärte McCain vor wenigen Wochen, daß sich die Situation im Irak bis 2013 stabilisieren und daher die Mehrheit der Truppen wieder zu Hause sein würde. Noch Ende Januar hatte McCain seinen damaligen Republikanischen Kontrahenten Mitt Romney aufs Schärfste dafür attackiert, daß er den Irakern angeblich ein Rückzugsdatum gesetzt hatte. Mit seiner neuen Positi-

¹⁵ Axelrod, Stephanopoulos - ABCs This Week, 3/2/2008.

¹⁶ Shear, Murray, WP, 2/28 und Dreazen, *Wall Street Journal*, 2/29/2008.

¹⁷ Barnes, *Los Angeles Times*, 2/29/2008.

¹⁸ Fitzgerald und Eichel, *Philadelphia Inquirer*, 3/12 und Kornblut, Murray, *Washington Post*, 4/10/2008.

¹⁹ Neuman, *Los Angeles Times*, 4/10 und *Weekly Standard*, 3/17/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

on verbucht McCain den ersten Erfolg der Truppenaufstockung des letzten Jahres, doch werfen ihm Kritiker vor, daß es sich dabei um einen Pyrrhussieg handelt. Damit würde nur die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Irak verschoben.²⁰

Anders als für Obama ist der Irak für McCain aber der Angelpunkt der Region. Eine Niederlage im Irak würde Iran zum dominierenden Akteur im Nahen Osten machen und damit zur Stärkung der Hamas in Gaza und der Hisbollah im Libanon führen.²¹ Natürlich kann auch McCain den Sieg im Irak nicht auf 2013 festlegen. Er will jedoch damit der amerikanischen Öffentlichkeit signalisieren, daß auch er ein Ende des Konflikts in seiner ersten Amtsperiode bewerkstelligen will. Außerdem läßt er sich damit mehr Freiraum, um flexibel auf die Entwicklungen vor Ort reagieren zu können.

Gleich welcher der beiden Kandidaten im Januar 2009 vereidigt werden wird, man kann davon ausgehen, daß ein Rückzug gerade bei einer sich verschlechternden Lage im Irak nicht zügig durchgeführt werden wird bzw. eine ernst zu nehmende Anzahl an Truppen zunächst im Land verbleiben wird. Das Dilemma für die beiden Kandidaten ist, daß Obama seine Wähler von der Notwendigkeit überzeugen muß, Soldaten im Irak zu belassen, während McCain seine Unterstützer von der Vorteilhaftigkeit eines Truppenabzugs überzeugen muß. Dabei ist zu erwarten, daß bei einer Zuspitzung des irakischen Bürgerkriegs der Ruf nach einer internationalen Lösung lauter werden wird. Es wird den europäischen Partnern allerdings schwerer fallen, sich gegenüber Washington taub zu stellen, wenn Präsident George W. Bush nicht mehr das Weiße Haus bewohnt.

Iran: To Talk or Not To Talk

Was im letzten Jahr möglicherweise als "Ausrutscher" in einer Fernsehdebatte der Demokratischen Kandidaten begann, ist mittlerweile zu einem Eckpunkt der Außenpolitik Obamas geworden. Obamas Bereitschaft, sich mit einer Reihe von „Tyrannen“ persönlich und ohne Vorbedingungen zu Verhandlungen zu treffen, ist zuerst von seinen Demokratischen Kontinenten und nun auch von John McCain scharf kritisiert worden. Zwar hat Obama seitdem seine Aussage zum Teil modifiziert bzw. zurückgenommen, jedoch macht er auch weiterhin klar, daß er sich nicht davor scheut, den iranischen Präsidenten zu treffen.

Statt dessen kritisierte Obama im letzten Herbst sowohl Clinton als auch McCain scharf, für das Kyl-Lieberman-Amendment gestimmt zu haben. Dieses hatte das amerikanische Außenministerium dazu aufgerufen, die iranische Republikanische Garde als Terrororganisation einzustufen. Dabei verglich er diese Initiative mit den Gesetzesvorschlägen im Vorfeld des Irakkrieges und argumentierte, daß Clinton (und McCain) damit der Regierung Bush grünes Licht für einen Krieg mit Iran gegeben hätten.²² Diese Kritik wirkt aber wenig überzeugend, wenn man bedenkt, daß Obama selbst an der Abstimmung nicht teilnahm – weder um selbst gegen das Amendment zu stimmen, noch um seine Kollegen von seiner Position zu überzeugen.

McCain hat offen gesagt, daß die USA sich einen „nuclearized“ Iran nicht leisten könnten und er versprach alles zu tun, um dies zu verhindern. Dagegen scheint Obama eine etwas andere Einstellung gegenüber Iran zu haben. Vor wenigen Wochen erst kritisierte ihn McCain dafür, daß er die Gefahr, die von Iran ausgehe im Vergleich zu der Sowjetunion als „winzig“ bezeichnete. Dabei wurde Obama vor allem als ein „pre-9/11“ Demokrat angegriffen, der die Gefahr von Terroristen bedrohlich unterschätzte. Ein über Atomwaffen verfügen-

²⁰ Peterson, Bloomberg News, 3/24/2008.

²¹ Stearns, McClatchy, 3/19/2008.

²² Beinart, *Washington Post*, 11/27/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

des, von fanatischen Mullahs gelenktes Iran, welches heute bereits der Hauptsponsor von Terroristen sei, könne man nicht mit der Abschreckungspolitik des Kalten Krieges begegnen, so McCain.²³ Zwar versprach dann auch Obama öffentlichkeitswirksam bei der AIPAC Konferenz, daß auch er alles dafür tun würde, um Israel zu schützen und ein „nuclearized“ Iran zu verhindern. Jedoch bleibt offen, was genau er den Iranern in Verhandlungen anbieten will bzw. wie weit er gehen wird, um Israel zu sichern.²⁴

Who is Israel's best friend?

Konservative verweisen gerade auf Obamas Verhandlungsbereitschaft und seine anscheinende Unterschätzung der Gefahr, die vom Iran ausgehe, wenn es darum geht, die Israel-Politik der beiden Kandidaten zu kontrastieren. Außerdem sei es beunruhigend, daß Obama in der Vergangenheit seine Positionen häufig nachträglich revidieren bzw. einschränken mußte.²⁵ Dabei zeigt sich Obamas Position als Resultat eines Meinungsbildungsprozesses, Kritiker bezeichnen ihn deshalb jedoch als „naiv“ und unentschlossenen „flip-flopper“, auf den sich die Nation im Konfliktfall nicht verlassen könne. Ein möglicher Werbetext: „Am 18. Mai sagt er in Oregon, daß Iran keine ernsthafte Gefahr darstellt. Tags darauf sagt er in Montana, daß die Bedrohung die von Iran ausgeht, ernst zu nehmen ist. Obama hat nicht die Erfahrungs- und Führungsqualitäten, um die USA in Krisenzeiten zu lenken.“

Zweifel an Obamas Israel-Freundlichkeit waren bereits vorher bei Amerikas Konservativen und auch in der jüdischen Gemeinde aufgekommen. Zuerst ging es um eine Reihe von hochrangigen Beratern innerhalb von Obamas Außenpolitik-Team, die sich in der Vergangenheit kritisch zu Israels Rolle in der US-Außenpolitik geäußert hatten. Zum Beispiel merkte **Merril McPeak**, General a.D. und Co-Chairman von Obamas Wahlkampfmannschaft, in einem Interview im Jahr 2003 kritisch an, daß die USA aufgrund der (wahlentscheidenden) jüdischen Wähler New Yorks und Miamis in bedingungsloser Treue zu Israel stände. Diese Stellung schadete seiner Meinung nach der Außenpolitik der USA.²⁶

Die Zweifel wurden nicht gemindert, als der Hamas-Berater Ahmed Yousef im April dieses Jahres erklärte, Obamas außenpolitische Ansichten zu begrüßen.[27] Kurze Zeit später mußte sich Obama auch noch von seinem außenpolitischen Berater **Robert Malley** trennen, nachdem bekannt wurde, daß dieser als Nahostexperte der International Crisis Group regelmäßig Gespräche mit Vertretern der Hamas führte.²⁷

Dagegen versprach der mit dem bekannten jüdischen (und früher Demokratischen) Senator Joe Lieberman gut befreundete John McCain, „Hamas' worst nightmare“ zu werden. Insofern ist nicht verwunderlich, daß ein Interview mit John McCain aus dem Jahre 2005, in dem er versprach sich „so oder so“ mit der Hamas auseinanderzusetzen, in der Öffentlichkeit kaum negativ registriert wurde.²⁸ Statt dessen sprechen einige Demokraten von Obamas „Jewish problem“ und sorgten sich um die Wahlbeteiligung der jüdischen Wähler in den „battle-ground states“ von Florida, Pennsylvania und Connecticut.²⁹

Generell kann man von McCain erwarten, daß er die Linie der Regierung Bush bzgl. Israels fortführen wird. Im März dieses Jahres sprach er sich für Jerusalem als Hauptstadt Israels aus, was sogar die Regierung Bush vermieden hatte, um dem Friedensprozeß nicht noch mit

²³ AIPAC Rede, McCain Webseite, 6/2/2008.

²⁴ AIPAC Rede, Obama Webseite, 6/4/2008.

²⁵ Wilson und Wiessler, Reuters, 5/27/2008.

²⁶ Interview, *The Oregonian*, 3/27/2003.

²⁷ Baldwin, (London) *Times*, 5/10/2008.

²⁸ Rubin, *Washington Post*, 5/15/2008.

²⁹ Holmes, *Wall Street Journal*, 5/15/2008 und Holmes, *Wall Street Journal*, 6/4/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

einer komplizierten Städteteilung zu behindern.³⁰ Auch machte McCain klar, wo seine Prioritäten lagen, als er sich während seiner letzten Israel-Reise nur mit israelischen Regierungsmitgliedern traf (auch wenn sich deren palästinensische Kollegen nicht verletzt gaben).³¹ Manche Beobachter hoffen allerdings, daß ein Präsident Obama durch eine „nuanziertere“ Sicht der Dinge beide Seiten nachdrücklicher zu Kompromissen „ermutigen“ könnte.³² Dabei dürfte sein Nahost-Berater **Dennis Ross** aber auch sicherstellen, daß Israels Interessen nicht vergessen werden. Ross war bereits unter Präsident George H. W. Bush und Bill Clinton Koordinator für Middle East Policy und seitdem am Washington Institute for Near East Policy ein Anwalt der Sicherheit Israels.

Free Trade – Latin America

Neben dem Nahen Osten veranschaulicht Lateinamerika die außenpolitischen Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten. Nachdem die Region seit 9/11 nicht mehr auf der Prioritätenliste der Regierung Bush stand, wurde innerhalb der letzten Wochen Kolumbien, das einer der wichtigsten Verbündeten in der Region ist, brüskiert. Der Kongreß blockierte schlachtweg das Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA - Speaker Nancy Pelosi setzte die Abstimmung darüber einfach nicht auf die Tagesordnung.

Auch das North American Free Trade Agreement (NAFTA) zwischen den USA, Mexiko und Kanada war bereits Teil des Wahlkampfes zwischen den Demokratischen Kandidaten geworden. Bereits im Februar hatten sowohl Obama als auch Clinton versprochen, sich für eine Neuverhandlung des Abkommens einzusetzen. Das kanadische Fernsehen CTV berichtete allerdings, daß Obamas Wirtschaftsberater **Austan Goolsbee** dem kanadischen Generalkonsul in Chicago versichert hätte, die möglichen Änderungen nicht ernstnehmen zu müssen. Auch Clintons Emissäre hatten ähnliche Versprechen gemacht.³³

Während John McCain von seinem langjährigem Bekenntnis zum Freihandel nicht abgerückt ist und von einer Freihandelszone von „Alaska bis nach Feuerland“ spricht, wird Präsidentschaftskandidat Obama insbesondere den Gewerkschaften, deren Unterstützung er im Wahlkampf unbedingt braucht, mehr anbieten müssen als „Worthülsen.“ Es muß also damit gerechnet werden, daß im Falle eines Demokratischen Präsidenten protektionistische Tendenzen zunehmen. Dies ist um so wahrscheinlicher, da auch mit einer deutlichen Demokratischen Mehrheit im Kongreß zu rechnen ist.

Rußland – Tough Talk

McCains Haltung gegenüber Rußland ist wohlbekannt. Dagegen ist Obama bisher auf diesem Gebiet ein unbeschriebenes Blatt. Zwar ist Obama der Vorsitzende des Unterausschusses für Europa im Senat und damit in einer bevorzugten Position, die Politik der USA gegenüber Europa einschl. Rußlands zu beeinflussen. Doch hat er, seit er dieses Amt inne hat, von dem Ausschuß wenig Gebrauch gemacht. McCain hingegen hat sich als lautstarker Kritiker der „neuen alten“ Regierung im Kreml einen Namen gemacht. Am bekanntesten ist sein oft wiederholter Aufruf, Rußland aus der Gruppe der G8 Staaten auszuschließen und statt dessen Indien und Brasilien aufzunehmen.³⁴

Nichtsdestotrotz sind beide Senatoren - mehr oder weniger lautstark - besorgt, was die Rückschritte im Demokratieprozeß in Rußland und ihre „Nachbarschaftspolitik“ angeht. Mc-

³⁰ Mitnick, *Washington Times*, 3/19/2008.

³¹ Heller, Associated Press, 3/19/2008.

³² Solomon, *Wall Street Journal*, 3/13/2008.

³³ Naymik, *Cleveland Plain Dealer*, 2/29 und Alberts, *National Post*, 3/1/2008.

³⁴ McCain World Affairs Council Rede, McCain Webseite, 3/26/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

Cains Rußland-Berater **Stephen Biegun** spricht sich angesichts der erfolglosen "appeasement" Phase unter George W. Bush nun für eine aggressive Außenpolitik gegenüber Rußland aus. So würde McCain sicherstellen, daß das seit Jahren vom Kongreß diskutierte europäische Raketenabwehrsystem zum Einsatz kommt.

Zwar hat sich Obama nicht explizit gegen dessen Entwicklung ausgesprochen, jedoch darauf hingewiesen, daß das System erst wirklich funktionieren muß, bevor es angeschafft wird. Senator Jon Kyl erinnerte allerdings daran, daß Obama zwischen 2001 und 2004 mehrfach versprochen hatte, sich dafür einzusetzen, daß das Budget für das „unbewährte“ Raketenabwehrprogramm verringert wird. Ohne ausreichende Mittel kann das Waffensystem nicht entwickelt werden, so Kyl. Daher zeige Obamas Position, daß der Senator nicht wirklich an einem einsatzfähigen Programms interessiert ist.³⁵ Obamas ausgeprägte „Skepsis“ war allerdings auch bereits dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski aufgefallen.³⁶

Die Aussagen der beiden Kandidaten zum Wunsch der Ukraine und Georgiens NATO Mitglieder zu werden, unterscheiden sich nur unwesentlich. So unterstützten beide den Membership Action Plan für diese zwei Staaten und zeigten sich enttäuscht, als dieser beim jüngsten NATO-Gipfel in Bukarest keine Zustimmung erhielt. Obamas Rußland-Berater **Michael McFaul** schlägt vor, Rußland die NATO-Mitgliedschaft anzubieten, um interkontinentale Meinungsverschiedenheiten zu lösen, was Biegun als „blinden Optimismus“ bezeichnete.³⁷

Während McCain wohl vorerst seine „hard line“ Politik gegenüber Rußland verbal verfolgen wird, erinnert McFaul an Obamas generelle Verhandlungsbereitschaft. Insofern ist zu erwarten, daß ein Präsident Obama bereits aus rein pragmatischen Gründen eine facettenreichere Beziehung zu Rußland aufbauen wird, so Rose Gottemoeller vom Carnegie Institute in Moskau. Auch John McCain würde seine Position längerfristig etwas anpassen müssen, wenn er daran interessiert sei, die von ihm anvisierten neuen Abrüstungsverträge abzuschließen. Außerdem benötigt er Rußlands Zusammenarbeit, um Iran von der Fortsetzung seines Atomprogramms abzuhalten. Europa muß aber damit rechnen, daß beide Kandidaten - trotz gemeinsamer Interessen mit Rußland - nicht davor zurückschrecken werden, besorgniserweckende Entwicklungen in Rußland offen anzusprechen und weiterhin auf die Ost-Erweiterung des NATO-Bündnisses zu drängen. Das könnte sich zum Teil auch bei den Wählern mit polnischen und ukrainischen Wurzeln in den wichtigen Bundesstaaten von Ohio, Illinois und Michigan auszahlen. Es ist aber zu bezweifeln, ob dieses Thema der ausschlaggebende Faktor bei diesen Wählergruppen ist.

Strategic China

Auch wenn China während der Vorwahlen durchaus mehr zum Thema hätte werden können, so blieb die damals aktuelle Tibet-Diskussion und Frage zur Olympiateilnahme größtenteils am Rande. Zwar schlossen sich Obama und McCain Clintons Boykottaufruf der Eröffnungszeremonie an, jedoch sollte eine Entscheidung diesbezüglich erst Anfang August getroffen werden bzw. Präsident Bush sich die Entscheidung zur Teilnahme offen lassen.³⁸ Eine generell vorsichtige Haltung gegenüber China hat für die Kandidaten den großen Vorteil, daß sie während ihrer Amtszeit einen größeren Handlungsspielraum haben werden – ohne das öffentliche Wahlkampfversprechen strategische Optionen versperren.

Auch wenn China bisher nicht im Wahlkampf thematisiert wurde, so wird der Freihandel und die Globalisierung gerade in den wichtigen Bundesstaaten Ohio, Michigan und Pennsylvania

³⁵ DiMascio, *Defense Daily*, 3/11/2008.

³⁶ Lorenz, *Rzeczpospolita*, 1/31/2008.

³⁷ Siegel, *Moscow Times*, 4/22/2008.

³⁸ Eggen, *Washington Post*, 4/11/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

zu Hauptwahlkampfthemen werden, insbesondere wenn sich die Wirtschaft bis November nicht deutlich erholt. In diesen Staaten ist eine Mehrheit der Bevölkerung nicht unbedingt von den Vorteilen dieser Entwicklungen überzeugt, sondern eher über die Abwanderung der Arbeit besorgt. Insofern muß man sich bei den Demokraten auf mehr „fair trade“ Forderungen einstellen bzw. Protektionismus, während McCain bereits bei den Vorwahlen in Michigan offen gestanden hatte, daß einige Arbeitsplätze nie mehr zurückkommen würden.

Obamas Wirtschaftsberater **Austan Goolsbee** ist zwar ein Befürworter des Freihandels, der gerade die Regierung Bush dafür kritisiert hat, bestehendes Freihandelsrecht nicht ausreichend durchgesetzt zu haben. Auf der Kapitalmarktseite gibt er sich aber besorgt, was die Höhe der US-Verschuldung angeht. Der Aufkauf von US-Anleihen durch andere Staaten könnte den geopolitischen Ambitionen der USA im Weg stehen. Insofern kann erwartet werden, daß chinesische Staatsfonds zumindest kritisch beobachtet werden.

Davon abgesehen, kann aber erwartet werden, daß sowohl Barack Obama als auch John McCain ihre Kritik gegenüber China behutsam formulieren werden. Beide Kandidaten brauchen China um mit einer Bandbreite von internationalen Problemen voranzukommen: Z. B. Nordkorea, Währungsstabilität und Klimapolitik.

Dabei wird McCain bzgl. China von **Michael Green** beraten, der vorher schon Präsident Bush als Special Assistant und Director for Asian Affairs im National Security Council (NSC) zur Seite stand. Green mahnte an, die Demokratieförderung in Asien ausgewogen zu betreiben, um bestehende Erfolge einerseits nicht zu gefährden und andererseits den Fortschritt zu ermutigen.³⁹ Ähnlich sieht das auch **Jeffrey Bader**, Greens Vorgänger im NSC unter Bill Clinton und jetzt Berater von Obama. Bader rief die Präsidentschaftsanwärter dazu auf, China wegen der Menschenrechtsverletzungen nicht lautstark zu verurteilen. Statt dessen sollten die Kandidaten eine auf Vertrauen basierende Beziehung kultivieren, um China zu überzeugen, daß es in seinem Interesse wäre, mit den USA auf dem Kontinent und international zu kooperieren.⁴⁰ Insofern ist zu erwarten, daß McCains Kooperationsansatz zur Maxime wird: Man werde mit China regelmäßig auf der Basis einer Reihe von gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten, jedoch nicht auf der stabilen Basis gemeinsamer Wertvorstellungen.⁴¹

Climate Change at the White House

Egal wer im Januar 2009 vereidigt werden wird, beide Kandidaten haben versprochen den internationalen Führungsanspruch der USA auch auf dem Gebiet des Klimawandels voranzutreiben. Dabei betonen McCain und Obama (wie auch Präsident Bush zuvor), daß eine Neuverhandlung des Kyoto-Abkommens einerseits Indien und China einschließen sowie andererseits ökonomisch „verantwortungsvoll“ sein müßte. Auch wenn diese Einschränkungen internationale Verhandlungen nicht vereinfachen werden, so hat sich McCain bereits dazu bekannt, die Treibhausgasemissionen der USA bis 2050 um 60 Prozent zu verringern (wobei 1990 als Basisjahr genutzt wird) und den Emissionsrechtehandel national einzuführen.⁴² Barack Obama sieht dies grundsätzlich ähnlich, will aber die Treibhausgasemissionen bis 2050 sogar um 80 Prozent senken.⁴³ Dabei würde McCain grundsätzlich mehr auf marktwirtschaftliche Reformen und Obama auf staatliche Einschränkungen setzen. McCain zum Bei-

³⁹ Green, CSIS Webseite, 11/14/2007 und Green, *Washington Post*, 2/13/2007.

⁴⁰ Bader, Opportunity 08 – Brookings Institution Webseite, 2/28/2007.

⁴¹ McCain World Affairs Council Rede, McCain Webseite, 3/26/2008.

⁴² Issues: Climate Change, McCain Webseite.

⁴³ Issues: Energy & Environment, Obama Webseite.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

spiel will Emissionsrechte vorerst kostenfrei an Kohlekraftwerke und andere emissionsstarke Industriezweige vergeben, während Obama diese Rechte versteigern lassen will.⁴⁴

Besorgniserregend ist jedoch, daß erst vor einer Woche eine wichtige Gesetzesinitiative zum Klimawandel im Senat gescheitert war. Zudem enthielt der Gesetzesvorschlag auch die Forderung an Entwicklungsländer, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen und sah vor, Importeure von emissionsstarken Produkten aus China mit Zöllen zu belasten.⁴⁵ Insofern bleibt abzuwarten, ob beide Parteien und nicht nur ihre Kandidaten bereit sind, die Kosten der Klimapolitik auch zu tragen. Ermutigend ist aber generell, daß sich mittlerweile „ausreichend“ (und vor allem unabhängige) Wähler für das Thema interessieren. Insofern ist es für die Republikaner vorteilhaft, daß sie mit McCain einen Kandidaten haben, der sich nicht scheuen muß, Obama auch auf diesem Gebiet Paroli zu bieten.

Advances on „nuclear“ Disarmament

Als sich Anfang diesen Jahres vier ehemalige National Security Berater und Außenminister für die globale nukleare Abrüstung einzusetzen, begannen Beobachter bereits zu spekulieren, daß nach Jahren der Stagnation im Bereich der Nichtweiterverbreitung und Mißachtung von verifizierbaren Verträgen, der nächste Präsident dieses Thema vorantreiben könnte. Mittlerweile haben McCain und Obama klar gemacht, daß sie auch auf diesem Gebiet die beispielhafte Führungsrolle der USA erneuern wollen.

Beide Kandidaten haben erklärt, daß sie ein neues bindendes und verifizierbares Abrüstungsabkommen mit Russland schließen wollen, um die Zahl der Nuklearsprengköpfe beider Länder wesentlich zu verringern. (Dieses Anliegen wird auch von Russland geteilt, wobei der stellvertretende Ministerpräsident Sergey Ivanov mit einer diesbezüglichen Anfrage bereits im Februar 2008 an die USA herantrat.)⁴⁶ Anders als McCain will Obama aber auch, daß die verbleibenden Waffen nicht mehr „hair trigger alert“ Status haben, d.h. sie innerhalb von Minuten gestartet werden können. Beide Kandidaten haben sich zudem für ein Produktionsverbot von hochangereicherten bzw. militärischen Spaltstoffen (FMCT) ausgesprochen. Dabei will McCain dies zunächst erst mit China besprechen, während Obama verspricht, das Verbot innerhalb seiner ersten Amtszeit auf globaler Ebene herbeizuführen.

Während McCain nur bekanntgegeben hat, den von Bush bereits aufgegebenen „robust nuclear earth penetrator“ nicht zu entwickeln, verspricht Obama den Stop jeglicher Neuentwicklung von Nuklearwaffen. Auch hat Obama sich bereit erklärt, den Teststoppvertrag (CTBT) zu unterstützen, während McCain nur versprach, diesen „noch einmal zu begutachten“ nachdem er bereits 1999 gegen dessen Ratifizierung gestimmt hatte.⁴⁷

Beide Kandidaten befürworten die Einführung von internationalen bzw. multilateralen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen sowie Liefergarantien. Damit soll die Gefahr von politisch motivierten Uranlieferengpässen vermindert sowie das Hauptargument für die Installation solcher Anlagen auf nationaler Ebene geschwächt werden. Zudem wollen beide den Abzug und Sicherung von taktischen Atomwaffen aus Europa, da deren Größe diese besonders attraktiv für Terroristen macht. Dabei hat Obama auch versprochen innerhalb seiner ersten Amtszeit sämtliche unzureichend geschützten Spaltmaterialien sicherzustellen, um sie nicht in die Hände von Terroristen fallen zu lassen.

⁴⁴ Kriz, *National Journal*, 6/21/2008.

⁴⁵ Eilperin, *Washington Post*, 6/7/2008.

⁴⁶ Dempsey, *International Herald Tribune*, 2/12/2008.

⁴⁷ McCain Rede, McCain Webseite, 5/27/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

Selbst wenn Obama das Ziel der langfristigen, globalen Abrüstung mit der „Gang of Four“ um Kissinger, Shultz, Perry und Nunn teilt, so ist nicht klar, ob er das notwendige politische Kapital haben wird, dies auch umzusetzen. John McCain selbst warnt, daß eine solche Welt zwar sein Traum wäre, aber noch weit entfernt und nur schwierig umzusetzen sei. Das Beispiel des Nuklearabkommens mit Indien zeigt, daß beide Kandidaten Pragmatiker bzgl. der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sind. Das von beiden Senatoren im Jahr 2006 unterstützte Abkommen erlaubt den Export von angereichertem Uran und Nukleartechnologie für die Atomkraftwerke Indiens, während Indien im Gegenzug der IAEA den Zugang zu einem Teil seiner zivilen Kernkraftwerke erlaubt. Der Export war über 30 Jahre lang aufgrund des indischen Atomtests und Indiens Nichtteilnahme am Atomwaffensperrvertrag (NPT) untersagt. Sollte das Abkommen in dieser Legislaturperiode nicht mehr ratifiziert werden, kann allerdings erwartet werden, daß bei einer Neuauflage eine Reihe Demokratischer Senatoren und Abgeordneter sich wieder für strengere Auflagen einsetzen wird. Im Jahr 2006 gehörte auch Senator Obama zu dieser Gruppe.⁴⁸

America – Still first among Equals

Wie weit die aktuellen Berater der beiden Kandidaten und die im Wahlkampf propagierten außenpolitischen Konzepte auch die spätere Außen- und Sicherheitspolitik eines gewählten Präsidenten beeinflussen werden, steht dahin. Obama wird sich vielleicht anfänglich stärker auf seinen Beraterpool stützen, während McCain auf seine jahrzehntelange Erfahrung in der Außenpolitik zurückgreifen wird. Externe Entwicklungen können aber einen viel größeren Einfluß auf außenpolitische Schwerpunktsetzungen im weiteren Wahlkampf und die künftige Positionen in der Amtszeit entfalten, als derzeit zu ermessen ist. Gewiß werden beide Kandidaten versuchen, das lädierte Image der USA aufzubessern. Die Schließung des Gefängnisses in Guantanamo, die Ablehnung von Folter sowie ein Entgegenkommen in der Klima- und Abrüstungspolitik könnten beiden Kandidaten dabei helfen, einen Teil des internationalen Wohlwollens, den die USA nach 9-11 hatte, wiederzuerlangen.

Allerdings sind die gegenwärtigen Erwartungen an den künftigen Präsidenten unrealistisch hoch, in den USA und auch im Ausland – gerade wenn dieser Barack Obama heißen sollte.⁴⁹ Bei Zustimmungsraten von über 75 Prozent in der europäischen Bevölkerung für Obama gegenüber McCain, müssen Europas Außenpolitiker damit beginnen, die hochgeschraubten Erwartungen an den zukünftigen Präsidenten wieder zu moderieren, um so mehr als Obamas Sieg alles andere als gewiß ist.⁵⁰ Trotz allen Wunschdenkens, wird auch ein Präsident Obama wie seine Vorgänger und Nachfolger in erster Linie die amerikanischen Interessen vertreten. Daher mag Change zwar das Thema des Wahlkampfes sein, aber die Politik der nächsten Regierung wird in vielen Bereichen von Kontinuität geprägt sein.⁵¹

Insofern könnte der Honeymoon kurz sein und wahrscheinlich ein böses Erwachen folgen, wenn gerade ein Präsident Obama seine Allianzpartner besuchen und Unterstützung im Kampf gegen den Terror, vor allem beim Afghanistan-Einsatz, einfordern wird. Ob die europäische Bevölkerung Obama dann immer noch so euphorisch unterstützen wird?

Um dem schon heute zu begegnen, wäre es nützlich, sobald wie möglich konkrete Vorschläge der europäischen Allianzpartner für realisierbare gemeinsame Handlungsfelder zu unterbreiten. Dies auch mit dem Ziel, die Erwartungen in den USA ebenfalls auf einem realistischen Niveau zu halten. Wozu wäre Europa im Irak, Iran und in Afrika bereit? Mit einer kla-

⁴⁸ Klug, Associated Press, 4/4/2008, Weisman, *New York Times*, 4/6/2008, Luce und Dombey, *Financial Times*, 6/10/2008, Kimball, *Arms Control Today*, March 2008.

⁴⁹ Cowell, *International Herald Tribune*, 6/5/2008.

⁵⁰ Baldwin, (London) *Times*, 6/7/2008.

⁵¹ Lynch und Singh, *Guardian*, 6/10/2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

ROMAN SEHLING

Juli 2008

www.kas.de

www.kasusa.org

ren Position seitens der europäischen Partner könnten amerikanische Alleingänge eventuell vermieden werden. Auch um zu verhindern, daß auch in Zukunft die USA von 43 Prozent der Bevölkerung in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Rußland als „Macht des Bösen“ betrachtetet wird.⁵²

Bis es allerdings so weit ist, wird in den USA zunächst einmal ein harter Wahlkampf geführt werden, in dem McCains „toughness“ und Entschlossenheit auf Obamas „transparency“ und Dialogbereitschaft prallen werden. Dabei wird das Ergebnis dieses Wahlkampfes auch zeigen, welche außenpolitische Perspektive die Amerikaner mehr überzeugt: McCains Betonung von Gefahren, von denen die USA bedroht werden, oder Obamas Appell, die Möglichkeiten aktiv und ohne Vorbedingungen zu nutzen, die sich den USA aus seiner Sicht bieten.

Derweilen dürfen die Europäer mit ansehen, wie ihr Favorit mit Rufmordkampagnen mit rassistischen Untertönen konfrontiert wird, die von unabhängigen, sogenannten 527-Gruppen zu erwarten sind. Einige Kommentatoren begannen bereits, den Demokratischen Kandidaten ausschließlich mit seinem Mittelnamen zu nennen - B. Hussein Obama. Laut einer Newsweek Umfrage von Anfang Mai glauben 13% der Amerikaner, daß Obama Muslim sei, weitere 26% konnten seine Religion nicht zuordnen. Zweifel an Obamas Religion und an seinem Patriotismus können also noch in weiten Teilen der Bevölkerung geweckt werden.⁵³ Dabei sei daran erinnert, daß selbst Hillary Clinton Obamas Glauben zum Thema in einer Debatte machte. Damals meinte sie, daß - soweit sie es beurteilen könne - Obama kein Muslim sei. Überzeugende Aussagen klingen anders.

Weitere Informationen zum US-Wahlkampf finden Sie auf unserem Blog:
<http://uswahlen2008.squarespace.com>.

⁵² „Europe won't shed a tear as Bush says so long,” *New Zealand Herald*, 6/9/2008.

⁵³ Conant und Wolffe, *Newsweek*, 5/11/2008.